

Waisa!

Leider

gen

forzheim

lm.

let am

1931,

elischen

er

erschaft

gehör-

Saus-

den ge-

uerstor

hner.

lms

ends 8 Uhr,

denkfeier;

ends 8 Uhr.

und 1 Mk.

nachmittag-

Schüler unter

abend 8 Uhr

bei Alters-

zum „Schiff“

ränze

bleier

tsblumen

aufelberger

Se 7.

impfe

krickt an

er, Strickerei

, Klosterhof

Die

Leute es

daß Sie

verkaufen

weil Sie es

nicht machen

?

ie noch heute

ne Anzeige

er Tagblatt

werden von

10 lg über-

st sein.

hen

skredite

leben usw.

Bedingungen.

ken kann Aus-

zu 5-6% be-

rungsbilro

n, Borsheim

3. Telefon 430.

II

III

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheel
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 273

Samstag, den 21. November 1931

Jahrgang 104

Deutschlands Antrag bei der Tributbank

Der Wortlaut der deutschen Denkschrift -- Zusammentritt der Sachverständigen-
Ausschüsse vermutlich am 1. Dezember

— Berlin, 21. Nov. Das Memorandum der deutschen Regierung zur Einberufung des im Neuen Plan vorgesehenen Sonderauschusses liegt jetzt im Wortlaut vor: Im ersten Teil wird kurz und sachlich die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage vom Juni dieses Jahres über das Hoover-Memorandum bis zur Londoner Konferenz geschildert, aus der sich dann die Verlängerung des der Reichsbank gewährten Rediskontrabittes, das sogenannte Baseler Stillhalteabkommen und der Bericht des von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich eingesetzten Baseler Sachverständigenausschusses ergaben. Dann heißt es unter anderem wörtlich:

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem ganzen Charakter nach nur vorbereitender Natur. Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlusserklärung festgehalten, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt seien, und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollten. Dementsprechend hat auch den Sachverständigen, die an der Durchführung der Londoner Empfehlungen mitgearbeitet haben, der vorläufige Charakter aller dieser Maßnahmen stets vor Augen gestanden. So heißt es in dem Stillhalteabkommen, daß die Vertragsparteien die darin vorgesehene Regelung nur „bis zur Herbeiführung einer dauerhafteren Lösung für das Problem der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands getroffen haben“. Ebenso schließt der Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses mit der dringenden Mahnung an die beteiligten Regierungen, keine Zeit in der Erreichung der notwendigen Maßnahmen zu verlieren, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, die Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe bringen.

In den letzten vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands außerordentlich zuspitzigt. Die Welt ist sich in steigendem Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage aufgeworfenen finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie alsbald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letzthin der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des Beratenden Sonderauschusses von einem Antrage der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrage entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffneten kann.

Nach dem Neuen Plane ist für diesen Antrag die Erklärung der deutschen Regierung erforderlich, daß „sie in gutem Glauben an dem Schluß gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftslieben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehbaren Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten“. Zudem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbeson-

dere aber in Deutschland, durch eine Krise ohnegleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderauschuss die Aufgabe zuteilt, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuss das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Beschleunigung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Beratende Sonderauschuss unverzüglich zusammentritt und daß er seine Arbeiten so schnell wie möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsbald zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Zu dem deutschen Antrag auf Einberufung des Sonderauschusses bei der BIZ wird von unterrichteter Seite bemerkt, daß sich dieser Antrag folgerichtig aus den Verhandlungen der letzten Zeit ergeben habe. Seine formale Begründung finde der deutsche Antrag in den Vereinbarungen zwischen Hoover und Daval, wonach eine Inangriffnahme der Tributfrage durch die Anrufung des Youngplan-Ausschusses erfolgen solle. Es sei jedoch falsch, wenn behauptet werde, daß der Antrag auf Einberufung des Sonderauschusses eine neue Anerkennung des Youngplanes in sich schließe. Der Youngplan sei niemals außer Kraft gesetzt gewesen. In dem Schreiben der Reichsregierung befände sich auch keine Äußerung, die als neuerliche Anerkennung des Youngplanes gedeutet werden könne. Der Sonderauschuss der BIZ würde die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit in ihrem vollen Umfange nachzuprüfen haben. Dazu gehörten auch die privaten Schulden.

Aufforderung der BIZ an die Notenbankpräsidenten.

Die BIZ veröffentlichte am Freitag abend folgende Verlautbarung: „Die BIZ gibt bekannt, daß sie am Freitag nachmittag durch den deutschen Generalkonsul in Basel ein Memorandum der deutschen Regierung vom 19. November erhalten hat, in dem die Bank aufgefordert wird, den in dem Neuen Plan vorgesehenen Beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Unmittelbar nach Eingang des Memorandums sind Telegramme an alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank gesandt worden, in denen auf Grund des Art. 45 der Statuten um die Ermächtigung ersucht wird, den Beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Außerdem sind der Reichsbankpräsident, sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England, der belgischen Nationalbank, der Bank von Italien, der Bank von Japan und die Federal Reserve Bank von New York aufgefordert worden, in Uebereinstimmung mit Ziffer 128 des Neuen Planes Mitglieder für den Ausschuss zu ernennen.“

Der Sonderauschuss der BIZ dürfte, wie in Basel verlautet, voraussichtlich am 1. Dezember zum ersten Male zusammentreten. Die Benennung der Vertreter durch die Gouverneure der sieben Zentralnotenbanken dürfte wohl anfangs der nächsten Woche erfolgen.

Krise im Wirtschaftsbeirat?

Die drei landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates nehmen an den Beratungen nicht mehr teil

— Berlin, 21. Nov. Die drei landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, Präsident Dr. Brandes, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Rittergutsbesitzer von Dypen-Dannevalde, der Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, und Dr. Holtmeyer von der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine haben seit Donnerstag an den Sitzungen des Wirtschaftsbeirates nicht mehr teilgenommen. Sie haben in einem Schreiben an den Reichskanzler diesen Schritt damit begründet, daß die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates sich in Einzelheiten und Kleinigkeiten verlor, ohne daß bisher an die Ausgestaltung eines einheitlichen und erfolgversprechenden Programmes zur Rettung der Landwirtschaft herangegangen worden wäre.

Zum Inhalt des Schreibens wird amtlicherseits betont, daß es von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht. Wenn über mangelnde Initiative der Reichsregierung in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates geklagt wird, so hat die Reichsregierung darauf mit Nachdruck betont, daß ihre verfassungsmäßige Zuständigkeit, in eigener Ent-

schließung ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, durch die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates in keiner Weise behindert werden sollte, und daß es sich daher in der Aussprache des Wirtschaftsbeirates nur darum handle, die Auffassungen der maßgeblichen Wirtschaftskreise festzustellen. Der Sinn des Wirtschaftsbeirates wäre daher in sein Gegenteil verkehrt worden, wenn die Reichsregierung versucht hätte, die im Wirtschaftsbeirat zutage getretenen Auffassungen zunächst durch zu starke Initiative zu beeinflussen.

Zu dem Ausschneiden der drei landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates aus diesem wird von zuständiger Stelle bemerkt, daß damit keineswegs der Wirtschaftsbeirat etwa „aufgelöst“ sei. Die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates gingen vielmehr weiter. Es sei in zahlreichen Punkten bereits eine Einigung erzielt worden. Die Richtlinien, die auf Grund der Beratung des Wirtschaftsbeirates aufgestellt würden, dürften voraussichtlich am Sonntag beschloffen und veröffentlicht werden.

Ausschußberatungen im Reichstag

— Berlin, 21. Nov. Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann am Freitag in Anwesenheit von Reichsfinanzminister Dietrich die Beratung der Anträge auf Pensions-

Tages-Spiegel

Der Wortlaut des deutschen Antrags zur Einberufung des BIZ-Ausschusses liegt jetzt vor. Er bedeutet praktisch das französische Zugeständnis der Erweiterung der Befugnisse des Ausschusses.

Nach den aus Basel vorliegenden Meldungen darf mit einem Zusammentritt des BIZ-Ausschusses zum 1. Dezember gerechnet werden.

Die drei Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat haben dem Kanzler mitgeteilt, daß sie sich an den weiteren Beratungen nicht mehr beteiligen, da nur Teillösungen, aber keine grundsätzliche Gesamtlösung der Wirtschaftskrise angestrebt werde.

In England ist jetzt das Zollgesetz in Kraft gesetzt worden, welches die Einfuhr in geradezu rigoroser Weise abdrosselt.

Die spanische Nationalversammlung hat Exkönig Alfonso XIII. wegen Hochverrats verurteilt.

Im Würt. Landtag wurden gestern die Zentralisierungspläne des Reiches in der Sozialversicherung von der Mehrheit des Hauses zurückgewiesen.

fürzung und über die Festsetzung einer Höchstpension, sowie in Verbindung damit die Besprechung des Regierungsentwurfes zur Pensionskürzung, der allerdings durch die letzte Notverordnung zum größten Teil erledigt und überholt ist.

Im Verkehrsausschuss steht zunächst der Schenker-Vertrag zur Erörterung. Der in den Mittagsstunden zusammentretende Wohnungsausschuss wird die allgemeine Aussprache über die Wohnheimstättenengesetzentwürfe beginnen.

Neue Verbote in Preußen.

Der preussische Innenminister Severing hat eine verschärfte Ueberwachung von Versammlungsreden angeordnet, den Verkauf von Hieb- und Stichwaffen an Jugendliche und nächtliche Geländeübungen verboten. Der preussische Haushalt für 1932 weist einen Fehlbetrag von nahezu einer halben Milliarden Mk. aus. Er ist in der Hauptsache zurückzuführen auf den Rückgang der Reichssteuerüberweisungen, auf den Minderertrag der Hauszinssteuer infolge der Kürzung um 20 Prozent zugunsten der Hauseigentümer und auf die Kürzung um 12 v. H. für die kommunale Entschuldungskosten. Dazu kommt, daß die preussischen Forsten keinen Ueberschuss mehr bringen.

Keine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

— Berlin, 20. Nov. Die kommunistische Fraktion hatte vor einiger Zeit die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages verlangt. Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Dr. Friedl (M.D.P.) hat nunmehr in einem Brief an den Reichstagspräsidenten mitgeteilt, daß er eine solche Einberufung ablehne, weil er ein dringliches deutsches Interesse darin nicht zu erkennen vermöge und gebeten, die Antragsteller davon benachrichtigen zu lassen.

Das englische Zollgesetz in Kraft

— London, 21. Nov. Das Dumpingabwehrgesetz wurde am Freitag auch im Oberhaus angenommen. Die Zustimmung des Königs ist bereits kommissarisch erteilt worden, so daß das Gesetz nunmehr in Kraft tritt.

Durch eine Verfügung des Handelsministeriums werden sämtliche Waren der Klasse III der Ein- und Ausfuhrliste des Handelsausweises, u. a. Brennmaterial, Eisen- und Stahlerzeugnisse, elektrische Waren und Apparate, Maschinen, Textilien, Chemikalien, Farbstoffe, Leder und Lederwaren usw. vom Mittwoch den 25. November ab mit einem Zoll von 50 Prozent belegt.

Das Dumpingabwehrgesetz ist, wie die „Financial News“ erklärt, in Londoner Bankkreisen ernste Besorgnisse über die Möglichkeit eines Zollkrieges oder sonstiger Gegenmaßnahmen anderer Länder aus. Man befürchtet, daß die infolge der Tributfrage schon gespannte internationale Lage weiter getrübt werden könnte.

Der Mandchureikonflikt

Japan mit Untersuchungsausschuss einverstanden? In Paris sollen aus Tokio neue Anweisungen für die japanischen Vertreter im Völkerbundsrat eingetroffen sein. Wie es heißt, soll sich die Regierung in Tokio mit der Entsendung eines Völkerbunduntersuchungsausschusses nach der Mandchurei einverstanden erklären. Man ist daher für den Fortgang der Verhandlungen wieder optimistischer.

Wochenschau

Der Beginn der verflossenen Woche stand im Zeichen der Hessewahlen, deren allgemeines Kennzeichen die fortschreitende Radikalisierung des deutschen Volkes ist. Weit mehr als die Hälfte der bisher hinter den bürgerlichen Parteien stehenden Wähler sind in Hessen zum Nationalsozialismus abgewandert, der seinen Befehlstand fast verdreifachen konnte und sich so die Macht zur Regierungsteilnahme erkämpfte. Außer den Kommunisten konnte nur noch das Zentrum mit nicht unbeträchtlichem Stimmgewinn aus dieser Wahl hervorgehen, ein Umstand, den es wohl in erster Linie seiner straffen Parteidisziplin verdankt. Obwohl man in Berlin aus dem Ausgang der Hessewahlen keinerlei Folgerungen gezogen hat und der Kanzler erklärte, die gegenwärtig zu lösenden außenpolitischen Fragen müssten vor innerpolitischen Problemen den Vorrang haben, wollen die Gerüchte über Annäherungsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP, trotz aller Dementis nicht verstummen. Es geht hinter den Kulissen etwas vor, wenn auch die innerpolitischen Entscheidungen wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen werden. Die wirtschaftspolitischen Bemühungen des Reichskanzlers scheinen unter keinem guten Stern zu stehen. Das große Notprogramm zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft liegt in seinen Grundzügen fest, aber der mit großen Hoffnungen eingeführte Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung gelangt zu keiner Einigung über die Durchführungsbemühungen. Besonders in den Fragen des Wohnbaus und der Kreditpolitik haben sich unüberbrückbare Gegensätze gezeigt, so daß wohl über kurz oder lang der Wirtschaftsbeirat wieder in der Versenkung verschwinden und die Reichsregierung gezwungen sein wird, von sich allein aus die Initiative für die erforderlichen, an Opfern reichen Notmaßnahmen zu ergreifen.

Außenpolitisch brachte diese Woche die Einigung in den langwierigen Pariser Vorverhandlungen und den Antrag der Reichsregierung bei der Bank für internationale Zahlungsverkehr, der Tributbank, in Basel auf Einberufung eines Sonderausschusses von Sachverständigen zur Prüfung der Gesamtlage Deutschlands und auf Einberufung eines Stützpunkts Ausschusses, der die Möglichkeiten für die Weiterbehandlung der deutschen kurzfristigen Schulden prüfen soll. Den Termin für die Einberufung dieser beiden Sachverständigen-Ausschüsse bestimmt die Tributbank. In Berlin glaubt man, daß die Beratungen schon Ende dieses Monats aufgenommen werden können und in etwa vierzehn Tagen die Fertigstellung des Gutachtens des Sonderausschusses möglich wäre. So könnte also die Regierungskonferenz, an der Deutschland, die Vereinigten Staaten und alle übrigen direkt an den deutschen Tributzahlen interessierten Länder, mit Rücksicht auf die private deutsche Verschuldung aber wahrscheinlich auch die Schweiz und Holland sich beteiligen werden, noch vor Weihnachten zusammentreten, um die schicksalshere Entscheidung über die künftige Gestaltung des Weltwirtschafts immer härter zerrüttenden Tribut- und Schuldenproblems zu treffen. Das etwas Entscheidendes geschehen muß, haben ja nun das hartnäckige Frankreich und, mit dem Anwachsen der eigenen Sorgen, auch das Weltgläubigerland Amerika eingesehen, und der Ausgang des französischen und italienischen Ministerbesuchs in Washington zeigt deutlich, daß man in Amerika gewillt ist, zur Austräumung der europäischen Schwierigkeiten seine Hilfe zu leisten.

Ein wenig in der Stille ist dieser Tage die von Bismarck begründete deutsche Sozialversicherung fünfzig Jahre alt geworden. Am 17. November 1881 ging jene soziale Volkshaft Kaiser Wilhelms I. in die Welt hinaus, die das Programm der deutschen Sozialversicherung enthielt, die wegweisend wurde für die ganze Kulturwelt und deren Beispiel bald in Desterreich, später in Norwegen, Finnland, Italien, Frankreich usw., zuletzt auch in England und Rußland Nachahmung fand. Zielsetzung der kaiserlichen Volkshaft war die „positive Förderung des Wohles der Arbeiter“, ebenso wie „den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben“, gefolgt von gewährleisteten. Damit wurde ein Weg beschritten, der noch auf lange Zeit für unsere soziale Entwicklung maßgebend sein wird, trotz aller Fehler, die im Streit um die Sozialversicherung von beiden Seiten seit Bismarck begangen worden sind, trotz aller Unvollkommenheiten, die den Gesetzen in ihrer zustande gekommenen Form noch anhaften mögen und trotz der Uebertreibungen, die der Gedanke der staatlichen sozialen Hilfspflicht nach dem Kriege erlitten haben mag.

Die Zahl der Skandalprozesse, denen sich die deutsche Justiz mit einer schier unverständlichen Gründlichkeit widmet, ist diese Woche um einen weiteren für die Nachkriegszeit typischen Fall vermehrt worden. Die Staatsanwaltschaft hat mit der Verhaftung des Direktors Kagenellenbogen, des ehem. Leiters des zusammengebrochenen Schultheiß-Konzerns, einen neuen Vorstoß gegen das Finanzabenteurertum unternommen. Der gemeinsame Grundzug für die meisten dieser traurigen Fälle ist die Tatsache, daß unverantwortliche Männer an verantwortlicher Stelle mit fremdem Gelde, das ihren Unternehmen zu treuen Händen gegeben war, ein Babanquespiel trieben, dessen Gewinn sie wohl auf eigenes Konto verbuchten, dessen Risiken aber restlos dem Unternehmen aufgebürdet wurden. So war es auch bei dem Generaldirektor des Schultheißkonzerns, den er auf diese Weise um über 30 Millionen schädigte. Was die Volkmeinung verlangt, ist nicht nur energisches Vorgehen des Staates gegen Freiberber der Wirtschaft und rasches Zupacken der Gerichte, sondern auch allgemein die Rückkehr zur Geschäftsmoral der Vorkriegszeit. Nur so wird die Vertrauenskrise schwinden und die Skandale der Gegenwart in den Annalen als das verzeichnet werden, was sie sind — Ausnahmefälle und Krankheitserscheinungen am deutschen Wirtschaftskörper.

Gereizter Notenwechsel Tokio-Moskau

Der japanische Außenminister übermittelte der sowjetrussischen Botschaft eine Note, in der festgestellt wird, daß die Gerüchte über eine Unterstützung der Truppen des Generals Ma durch den sowjetrussischen Generalstab nicht von amtlicher japanischer Seite, sondern von der Regierung Tschanghaipens verbreitet worden seien. Die Regierung werde sich mit der Tschanghaipen-Regierung in Verbindung setzen und sich bei ihr beschweren. Weiter wird von der Sowjetregierung die Erklärung gewünscht, daß sie in der Mandchurei neutral bleiben und General Ma keine Unterstützung leisten wolle. Die chinesische Ostbahn habe Truppen des Generals Ma befördert und dadurch den japanisch-chinesischen Streit stark befeuert. Zum Schluß wird nochmals die Hoffnung auf Neutralität Sowjetrußlands betont.

Die japanische Note hat in Moskau großes Aufsehen erregt. Nach sowjetrussischer Auffassung stellt ihr Inhalt eine gewisse Herausforderung gegenüber der Sowjetunion dar. Man erklärt, daß die Sowjetregierung bei Tschanghaipen keinen Einspruch erheben könne, da sie keine diplomatischen Beziehungen mit ihm unterhalte. Die Sowjetregierung habe dem japanischen Botschafter in Moskau bereits zweimal erklärt, daß sie in der Mandchurei neutral bleiben und General Ma nicht unterstützen werde.

Die russische Regierung wird noch im Laufe dieser Woche eine scharfe Antwortnote überreichen. Eine weitere Verschlechterung der japanisch-russischen Beziehungen erscheint unvermeidlich.

Unangenehme Wahrheiten in der französischen Kammer

II. Paris, 20. Nov. In der französischen Kammer wurde am Donnerstag nachmittags die außenpolitische Aussprache fortgesetzt. Der republikanisch-sozialistische Partei angehörende Abgeordnete Planche erklärte, die französische Regierung sei der Störenfried in Europa. Das Problem der Abrüstung laufe auf dem Ministerpräsidenten wie ein Alpdrück. Weder in London, noch in Berlin, noch in Washington habe er es überhaupt anschneiden wollen. Die französische Denkschrift über die Abrüstung habe alle christlichen Pazifisten enttäuscht. Kriegsminister Maginot habe erst kürzlich wieder die These vertreten, daß Deutschland abzurüsten müsse, während Frankreich weiter rüsten könne. Als Grandi in Genf einen Rüstungsstillstand vorgeschlagen habe, habe Frankreich so lange Vorbehalte gemacht, bis schließlich nichts mehr von dem Vorschlag übrig geblieben sei. Der Versailler Vertrag soll jedoch nach einer formellen Verpflichtung Clemenceaus ein erster Schritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung sein. Wenn Frankreich diese Verpflichtung nicht anerkenne, sei Deutschland berechtigt, die Wiederaufrüstung zu fordern.

Die Einfuhrdrosselung in England

Runciman über die internationalen Rückwirkungen II. London, 20. Nov. Bei Abschluß der Aussprache über das Dumpingabwehrgesetz, durch das die Dominien nicht berührt werden, verwies der Handelsminister Runciman auf die internationalen Rückwirkungen und erklärte, daß das Gesetz keinen der bestehenden Verträge verleihe. England beanspruche für seinen Handel und sein Zollsystem dieselben Freiheiten, deren sich andere Länder erfreuten. Im Namen der Opposition kritisierte Sir Stafford Cripps die große Unsicherheit für die Einfuhrhändler, die kaum in der Lage seien, Abschlässe im Auslande zu tätigen und nicht wüßten, ob sie nicht am nächsten Morgen schon bankrott sein würden.

Erhöhung des Einfuhrzolles auch in Holland

Die zweite holländische Kammer hat der Erhöhung des Einfuhrzolles auf 10 v. H. zugestimmt. Ein Zusatzantrag auf Einführung eines Sonderzolles für Pferdefleisch und Kartoffeln wurde gleichfalls angenommen. Dagegen wurde die Erhöhung des Zuderszolles abgelehnt.

Benizelos über die Cypemfrage

II. Athen, 20. Nov. Ministerpräsident Benizelos erklärte in einer großen Rede vor der Kammer u. a., daß zwei bis drei Inseln der Dodekanes-Gruppe wohl endgültig italienisch bleiben würden. Die Rückgabe der übrigen Inseln sei bei der treuen Freundschaft, die zwischen Italien und Griechenland bestehe, wahrscheinlich. Noch größere Hoffnung habe er für die Lösung der Cypem-Frage. England habe sich bereits mehrmals zur Rückgabe der Insel bereit erklärt. Im Augenblick sprächen jedoch keinerlei amtliche Anzeichen für die Rückgabe des Dodekanes bzw. Cypem, weshalb die griechische Regierung beide Angelegenheiten als vorläufig abgeschlossen betrachte. Die griechische Währung werde unzweifelhaft fest bleiben, wenn das Volk Vertrauen zu ihr habe. Die Regierung werde ihre ganze Macht in dieser Richtung einsetzen.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz

— Berlin, 20. Nov. Die gegenwärtig in Berlin geführten Verhandlungen über die deutsch-schweizerischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sind ins Stocken geraten. Obwohl die Vertreter der Schweiz ihre Forderung auf allgemeine Kontingentierung der nach der Schweiz gehenden deutschen Ausfuhrwaren aufgegeben haben, verlangen sie doch noch für eine ganze Reihe von Warengattungen eine derartige Kontingentierung. Darüber hinaus verlangt die Schweiz eine autonome Handhabung der schweizerischen Zolltarife, durch die es natürlich praktisch möglich werden würde, die deutsche Einfuhr je nach Bedarf zu kontingentieren. Diese letzte Forderung der Schweiz greift so tief in die grundsätzlichen Fragen der deutschen Handelspolitik ein, daß nur die Nachsoregrung selbst mit Rücksicht auf alle übrigen Länder des deutschen Ausfuhrinteresses, in dieser Frage festlegen kann. Man wird daher mit einer neuerlichen Unterbrechung der gegenwärtigen deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen rechnen müssen.

Wirtschaftspolitische Anfragen bei Hitler, Eugenberg und Brüning

Die Wirtschaftspartei hielt kürzlich in Dunsau (Niederschlesien) eine Versammlung ab, in der der Reichstagsabgeordnete Dreiwitz über die Verhandlungen der Partei mit Reichskanzler Dr. Brüning und mit Hitler und Eugenberg berichtete. Hitler habe sich in den Besprechungen im wesentlichen darauf beschränkt, eine Bilanz über seine Bewegung aufzustellen; über wirtschaftliche Fragen habe er nur geringe Auskünfte erteilt. Einen Weg zur Besserung der deutschen Finanzen habe Hitler nicht gewiesen und in der Frage des Privateigentums habe er nur „eine sehr wenig befriedigende Antwort“ erteilt. In den Verhandlungen mit Eugenberg habe dieser den Deutschnationalen die ausschließliche Führung auf dem Gebiete der Deutschnationalen Volkspartei zur Angleichung der deutschen Währung an das englische Pfund sei von Eugenberg nicht entschieden beantwortet worden. Mehnlich sei die Antwort auf die Forderung der Wirtschaftspartei ausgefallen, gegen „Syndikate und Kartelle Front zu machen“. Ueber die Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Brüning führte Dreiwitz aus, daß Brüning erst die Reparationsfrage geklärt wissen wollte, ehe an eine Auflockerung der Wohnungszwangswirtschaft und der Hauszinssteuer herangegangen werden könne.

Die Sparaktion der Gemeinden

— Darmstadt, 20. Nov. Gelegentlich einer Vorstandssitzung des Hessischen Städtetages empfing der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, die hessische Presse, um sie über die kommenden Einsparungsaktionen zu informieren. Das Gesamtbudget der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände sollte durch eigene Maßnahmen der Gemeinden von 800 Millionen Reichsmark im laufenden Rechnungsjahr um etwa 325 Millionen Reichsmark verringert werden. Mit Ausnahme von 25 Millionen Reichsmark, die infolge der fehlenden Reichermächtigung für die gehobene Fürsorge nicht erspart werden konnten, dürfe dieses Ziel erreicht werden. Allerdings war es dazu nötig, sämtliche Gebiete kommunaler Tätigkeit, Schulwesen, Bauwirtschaft, alle Gebiete des kulturellen Lebens, des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens und so weiter aufs äußerste zu beschneiden.

Es werde notwendig sein, neuerlich mit der Reichsregierung und den Regierungen der Länder zu verhandeln, um ein solidarischeres Vorgehen aller öffentlichen Körperschaften sicherzustellen, da die Reichshilfe von 175 Millionen Reichsmark aus der dritten Notverordnung vom 6. Oktober zum großen Teil durch neue Verschreibungen des Lastenausgleichs verlorengegangen ist. Die Sanierung der Finanzen eines Teiles der öffentlichen Körperschaften lasse sich nicht durch Belastung eines anderen Teiles erreichen.

Sparmaßnahmen in Preußen

Pädagogische Akademien werden geschlossen II. Berlin, 20. Nov. Da die allgemeine Finanzlage ebenso wie die Notlage der Junglehrer zu Einschränkungsmaßnahmen auch auf dem Gebiete der Lehrerbildung Veranlassung geben, hat die preussische Staatsregierung, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beschlossen, im Haushaltsplan 1932 die Zahl der pädagogischen Akademien von 15 auf 10 herabzusetzen. Auch bei den Akademien in Köln, Frankfurt a. Oder, Breslau, Halle, Kiel, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt a. Main finden im Jahre 1932 Neuaufnahmen nicht statt.

Der preussische Finanzminister hat nach dem „Börseurier“ dem Landtag eine Denkschrift zu der Staatsjahreshaushaltsrechnung für 1930 zugehen lassen. Danach betrug der Fehlbetrag im Berichtsjahr 121 311 699 Reichsmark gegenüber einem ausgeglichenen Haushaltsvoranschlag. Ueber seine Deckung ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Einstweilen ist er aus allgemeinen Kassenbeständen gedeckt worden.

Um die Osthilfeverordnung

II. Berlin, 20. Nov. Der Reichskommissar für die Osthilfe teilt mit: „Daß die Notverordnung in Gläubigerkreisen Unruhe hervorrufen würde, war vorauszusehen. Diese Unruhe ist aber unnötig. Die Notverordnung enthält keine so einschneidenden Eingriffe in die Rechte der Gläubiger, daß sie sich nicht rechtfertigen lassen. Im Gegenteil, im Interesse der Ernährung des Volkes ist es durchaus gerechtfertigt, die Verkäufe nicht überhäuft stattfinden zu lassen, sondern sie über das ganze Jahr zu verteilen. Die Gläubiger, die im Falle von Zwangsversteigerungen, die andersfalls in kurzer Zeit in großem Umfang eingeseht hätten, in den meisten Fällen alles verloren hätten, soweit sie hinter der ersten Hypothek stehen, werden auf diese Weise in viel größerem Maße zu ihrem Recht kommen.“

Der Vorstand der Breslauer Produktensbörse gibt bekannt: „Die Auswirkungen der Verordnung „Zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet“ auf den Handel in landwirtschaftlichen Produkten und hieraus gewonnenen Erzeugnissen lassen sich nicht übersehen. Der Vorstand hat daher beschlossen, insbesondere auch um die Durchführungsbemühungen zu dieser Verordnung abzuwarten, die Versammlungen der Produktensbörse bis einschließlich Dienstag, den 24. November, ausfallen zu lassen.“

Verbotene militärische Übungen

II. Essen, 20. Nov. Am Vormittag des Ruh- und Batazages wurden, wie die Polizei meldet, auf dem Hasengelande in Essen-Vorfeld 17 Burtschen bei der Abhaltung militärischer Übungen beobachtet und festgenommen. Es handelt sich um Angehörige des komm. Kampfbundes gegen den Faschismus. Das Gelände ist als Übungsplatz kommunistischer Gruppen der Polizei bekannt. Wegen alle festgenommenen ist ein Verfahren eingeleitet. Sie sind wegen Vorbereitung zum Hochverrat dem Richter vorgeführt worden.

Turnen und Sport

Fußballport-Vorführung.

Der F. C. Altingstett tritt morgen gegen die 2. Mannschaft des F. B. C. zum fälligen Rückspiel in Calw an. Der Gegner ist flink und etwas hart, darf somit nicht unterschätzt werden. Der Sieg dürfte dennoch der Calwer Mannschaft zufallen. — Laut Vorschrift des S. F. und L. B. wird nach einer Stunde Spielzeit eine Gedempause von 2 Minuten eingelegt. Die Zuschauer ehren dabei unsere Gefallenen durch Erheben von ihren Sitzplätzen und Entblößen des Hauptes.

Der Schwabenritt

Die erste große Querseldbeinreiterstaffel in Württemberg

Die Querseldbeinreiterstaffel durch Württemberg, zu der der württ. Landesverband der ländlichen Reit- und Fahrvereine die ihm angeschlossenen Vereine am letzten Sonntag aufgefördert hatte, gestaltete sich zu einem vollen Erfolg für das württ. Reitervereinswesen. Der hohe Anforderungen an Mann und Pferd stellende Staffelfritt hat den Beweis erbracht, daß die württ. Reitervereine auch den schwierigsten Aufgaben gewachsen sind. Die Hauptstrecke von 207 Km. wurde von 47 Vereinen und Reitergruppen in 8 Stunden, also in 2 Minuten 18 Sekunden pro Kilometer im Durchschnitt geritten, was bei unserem hügeligen, von vielen Wasserläufen durchschnittenen Gelände mit Ueberschreitung des Schwarzwalds und der Alb bei Nebel und tiefem Boden eine mehr als beachtenswerte Leistung darstellt. Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß die Vereine fest in der Hand ihrer Führer sind und daß die Führer ihr Handwerk verstehen; denn es gelang, etwa 600 Reiter zur festgesetzten Zeit über ganz Württemberg verteilt bereitzustellen und zu einer großen Sportleistung zu vereinigen. Hunderte von Reiterverbänden haben den Stab ergriffen und mit Aufbietung aller Kräfte von Mann und Pferd bis zur pünktlichen Uebergabe in Tuttlingen weitergeführt.

Auf der Hauptstrecke Pforzheim—Tuttlingen begann der Ritt am Südrande der Stadt Pforzheim morgens 7.15 Uhr, nachdem ein Vertreter der Stadt dem Leiter der Anfangs-

strecke eine für die Stabblöße bestimmte Staffelfahrt des Oberbürgermeisters an die Stadtgemeinde Tuttlingen übermittlelt hatte. Der erste Reiter, Mitglied des Neuen Pforzheimer Reitervereins, ritt in vorbildlichem Galopp in Richtung Hagenschleibwald ab. Im dichten Nebel, bergauf und bergab, meist neben der Straße, wurden die ersten 12 Km. im Durchschnittstempo von 1,5 Min. überwunden, eine der besten Leistungen des Tages. Es folgte anschließend der Verein Wartbergshof, welcher nach 14 Minuten, also mit einem Durchschnitt von nicht ganz 2 Minuten für den Kilometer bei einer Gesamtstrecke von 7,5 Km., den Stab um 7 Uhr 50 Min. dem ersten Reiter des Reit- und Fahrvereins Calw, Herrn Hans Bauer, auf der Höhe südlich von Hausen übergab. Der Calwer Reiter bog nach dem großen Steilhang gleich links von der Straße ab, und dann ging es im Galopp den Berghang hinunter bis Markung Drei Linden, wo Fräulein Melanie Reichmann, die Tochter des Vorstandes des Calwer Reitervereins, den Stab übernahm, um ihn nach einem schönen, langen Galopp einen Kilometer östlich von Merklingen dem letzten Reiter der Strecke, Herrn Referendar Friedrich Bauer, zu übergeben. Das nasse Wetter hatte den ersten Plan umgeworfen; die Reiter blieben östlich der Bärm, überschritten diese erst nördlich vom Bahnhof Weilerstadt und erreichten dann der Bahn entlang die Straße. 8 Uhr 8 Min. konnte nach glänzender Reitleistung — besonders anerkennenswert war die leichte Bewältigung des letzten Abschnitts der 3,5 Km. langen Teilstrecke über das sumpfige Aied bei Weilerstadt — Herr Bauer beim Postamt in Weilerstadt den Stab übergeben. Die dem Calwer Verein zugeleitete ca. 7 Km. lange Reilstrecke wurde in einer Durchschnittszeit von nicht ganz zwei Minuten pro Kilometer zurückgelegt, angesichts des bergigen Geländes, des Nebels und des Tiefsen a. L. sumpfigen Bodens eine Leistung, auf welche der Verein stolz sein kann. Die ganze 26 Km. lange Strecke Pforzheim—Weilerstadt wurde in 48 Minuten überwunden, was für einen Kilometer nicht einmal zwei Minuten bedeutet.

Im Anschluß an diese reitsportlichen Leistungen, für welche eine zahlreiche Zuschauerschar — auch aus dem Bezirk Calw waren viele Freunde des Reitsports anwesend —

lebhaftes Interesse bekundete, fand in Tiefenbronn ein gemüthliches Beisammensein der ersten drei am Staffelfritt beteiligten Vereine statt. Der Sonntagabend brachte dann für den Calwer Verein noch einen wohl gelungenen geselligen Abend im Gasthof z. Aühle.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

U. C. Berliner Produktenbörse vom 20. November

Weizen märk. 225—228; Futterweizen 211—213; Sommerweizen 228—231; Roggen märk. 199—201; Gerste 166—175; Futter- und Industrieergerste 163—168; Hafer märk. 147—152; Weizenmehl 28,50—32,50; Roggenmehl 27,15—29,50; Weizenkleie 10,50—11; Viktoriaerbsen 24; kl. Speiseerbsen 25—28; Futtererbsen 17—20; Pelusinen 17—19; Ackerbohnen 16—18; Wicken 17—20; Lupinen, blaue 11—12,50; dto. gelbe 13—15; Leinfuchsen 13,60—13,90; Erdnußfuchsen 13,20—13,60; Erdnußfuchsenmehl 13,10—13,90; Trodenkörnchen 6,10—6,20. Allgemeine Tendenz: unsicher.

Reklameteil

Das Warenhaus Geschw. Knopf

ein Schmuckstück der Goldstadt Pforzheim

Wie aus der Anzeigenankündigung der Firma Geschw. Knopf in Pforzheim zu ersehen war, eröffnete diese am Freitag nachmittag ihre neuen erweiterten Geschäftsräume. Ein Rundgang durch die erweiterten Geschäftsräume, die in 53 ausgedehnten Spezial-Abteilungen eingeteilt sind, zeigt, daß diese in übersichtlicher Weise angeordnet und in geschmackvoller Weise ausgestattet sind. Das Prinzip des Hauses Knopf, der Kundenschaft gute Ware bei billigen Preisen, Behaglichkeit, Höflichkeit und vor allen Dingen sachmännische Bedienung zu bieten, hat sich, wie der Werdegang der Firma beweist, bewährt. „Dienst am Kunden“ war stets das Leitwort des Seniorschefs, Herrn Max Knopf, der nun nahezu 75 Jahre alt ist. Nie hat er vergessen, daß ein Unternehmen wie das seine eine volkswirtschaftliche Aufgabe hat: die Bevölkerung mit guter preiswerter Ware zu versorgen.

Wolle gut gepflegt, hält doppelt so lange!



Waschen Sie Ihre Wollsachen mit dem unvergleichlichen Persil, denn gerade für Wolle eignet sich Persil wundervoll. (Man rechnet einen gehäuften Eßlöffel Persil auf je 2 Liter

kaltes Wasser.) Ohne jedes Reiben entzieht das kalte Persilbad der Wollfaser Schmutz und Flecke und läßt sie wieder farbenfroh, frischduftend und tadellos sauber erstehen!



Persil bleibt Persil

Ausstellung

Am Sonntag nachm. von 1/2 2—5 Uhr sind die Arbeiten vom Näh- und Stickkurs der Singer-Nähmaschinen im Gasthaus zum „Bären“ (Scheuerle), zur freien Besichtigung ausgestellt, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist.

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Bad Liebenzell belegenen, im Grundbuch von Bad Liebenzell Heft 24 Abteilung 1 Nr. 1 und 2 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des

Karl Biblimgmeyer, Fabrikanten in Bad Liebenzell

eingetragenen Grundstücke:

Geb. Nr. 206, 6 a 15 qm, Landhaus (im Schweizerstil) mit Hofraum und Einfahrt beim Bahnhof	20 000 RM.
Parz. Nr. 735 a, 9 a 10 qm, Anlagen (Garten)	
Parz. Nr. 735 b, 10 a 02 qm, im Blumenstil	6 400 RM.
	19 a 12 qm
	26 400 RM.

am Samstag, den 28. November 1931, vorm. 10 Uhr auf dem Rathause in Bad Liebenzell versteigert werden. Bei Zwangsvollstreckungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

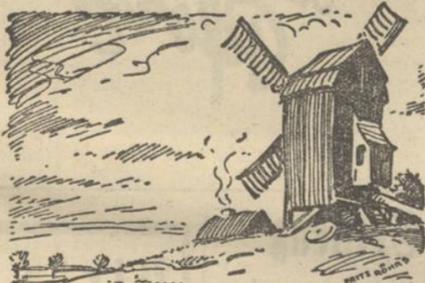
Bad Liebenzell, den 21. November 1931.

Kommissär: K a g.

Wer sich und andern will den Aeryer melden, der läßt sich die Haare an Wochentagen schneiden

Architekturbüro Kiefner

Calw, Lange Steige 7 Telefon 88 empfiehlt sich in der Fertigung von Bauplänen jeder Art Uebernahme schlüsselfertiger Häuser zu vorteilhaften Preisen



Was ist der Müller ohne Wind, was ist die Wirtschaft ohne Geld? Eure Spargelder arbeiten für Euch — für Eure Existenz! Drum spart weiter bei der Oberamts Sparkasse Calw

4-Zimmer-Wohnung

bis spätestens 1. April 1932 gesucht.

Angebote mit Preis und Beschreibung, unt. R. N. 273 an die Gesch.-St. ds. Bl.

2-3-Zimmer-Wohnung

mit Gartenanteil und reichlichem Zubehör sofort zu vermieten. Zu erf. in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Neuweiler.

Im Wege der

Zwangsvollstreckung

versteigere ich am Montag, den 28. ds. Mts., nachm. 2 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Motorrad (D-Mod) 500 ccm.

Zusammenkunft b. Rathaus

Der Verkauf findet voraussichtlich best. statt.

Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Schwarzer Kater

(Möbele) ist abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben bei Klingel, Kronengasse 6

Futtermittel

Leinmehl
Melasse
Gerstenmehl
Nachmehl
Futtermehl
Kleie

billigst bei

Alfred Lutz

Hirsau

Bitte besuchen Sie morgen Sonntag das

Spezial-Rehessen

im Gasthof z. „Schwanen“ Rehbraten auf schwäbische Art Mk. 1.40 Rehragout nach Hausfrauenart Mk. 1.20 G. Böhm, Küchenmeister und Frau

Im Anfertigen

von Puppenstuben, -Küchen oder Kaufläden

in jeder gewünschten Ausführung empfiehlt sich Schreinermeister Schabbe

Eugen Mann Landschaftsgärtner Stammheim bei Calw

empfiehlt sich zum Anlegen von Gärten, Kuranlagen und Parks.

Zur Ausmühung der Freizeit an gutlit. Familie o. We. alleinst. Frau Niederlage i. d. Wohnung b. hoh. Verbleibt zu vergeben. Kleine Sicherheit. erf. ord. Schreiben Sie unter So. 273 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Rasierklagen besser und billiger! 100 Stck. Erika-Edelstahl 3.50 Mk., 50 Stck. 2.50 Mk., 100 Stck. Wapeto-Gold 6.— Mk., 50 Stck. 4.— Mk. Direkte Private, franko Nacha. Prima Dankschreiben. Walter Peler, Solingen-Ohligs 11

Mutterjorge

Ist es, die Wollsachen ihrer Lieben nachzuwehen. Wir fertigen neu an zu äußerst niedrigen Preisen:

Damen- und Kinderstrümpfe Herrensocken, Gamaschen Spezialität: Handschuhe, reine Jefferwolle Anstricken: Strümpfe und Socken einschl. Material pro Paar RM. 1.30

Dreimäderhaus Stammheim, Ged. Stelge

Veteranen- und Militärverein Calw.

Am Vorabend des Totensonntags veranstaltet der Verein im großen Saale des Bad. Hofes abends 8 Uhr eine

Gefallenen=Gedenkfeier

Bei dieser Feier wird u. a. der Film

„Die Somme“

vorgeführt. Der Film stellt kein tendenziöses Machwerk, sondern ein wirklichkeitsgetreues erschütterndes Bild des Weltkrieges dar; daher Ihr heimgekehrten Kameraden, Ihr Frauen und Mütter, Ihr jungen Leute und Kinder, die Ihr den Krieg nur noch vom Hörensagen kennt, kommt alle, alle

zum Somme-Film

Eintrittspreise: 60 S, 80 S und 1 M. Schüler unter 14 Jahren 30 S. Die gesamte Einwohnerschaft von Calw und Umgebung wird zu dieser Veranstaltung auf das herzlichste eingeladen.

Morgen Sonntag, den 22. November 1931, beteiligt sich der Verein, wie üblich, am

Kirchgang

Sammlung des Vereins 9 Uhr bei Vorstand Reichmann. Trommler- und Posaunenkorps geht mit. Der Ausschuss.

Der Film wird außerdem am Samstag, 21. Nov., nachmittags 3 1/2 Uhr, Sonntag, 22. Nov., nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr gezeigt.

Kirchengesangsverein Calw

Abendmusik

am Totensonntag, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche zu Calw

Werke von J. S. Bach für Chor, Orgel, Orchester und Einzelgesang
Eintritt frei

Programme mit Text 20 Pfg. Um freiwillige Gaben zum Besten der Nothilfe in Calw wird gebeten

Veteranen-Verein 1870-1914 Calw

Morgen am Totensonntag beteiligt sich der Verein am

Kirchgang.

Sammlung 9 Uhr bei Kamerad Seeger
Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Ausschuss.

die schönsten Mäntel bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Sonntag, den 22. November

Fußballspiel

Sportplatz Calwerhof

F. C. Althengstett I. — F. V. Calw II.

Beginn 1/2 3 Uhr

1 Uhr Vorspiel

Calw.

Schotterlieferung

Die Lieferung und das Verführen von 112 cbm Kalkstein-schotter auf Feldwege wird am Montag, den 23. Nov. 1931, vorm. 11 1/2 Uhr im Abstreich vergeben.

Den 20. November 1931.

Stadtplatz.

Kirchengesangsverein

Hauptprobe in der Kirche Samstag 6 Uhr (nicht 8 Uhr).

Wiener Operette Krasensky in Calw

(Badischer Hof) Dienstag, den 24. 11., abends 8 Uhr

Das Schwarzwaldmädel

Operette in 3 Akten von Jessel
Preise: RM. 2.50, 2.—, 1.50 und 1.—.

Vorverkauf: Buchhandlung Häussler.

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag, den 22. Nov. nachmittags 3 1/2 Uhr
Zu kleinen Preisen
Der große Operetten-erfolg

Böhm. Musikanten

Abends 7 1/2 Uhr
Mademoiselle Lecleur
Ein Bühnenstück nach dem Buch „Spionage“ v. Berndorf, von Palitzsch
Beg. 7 1/2, Ende 10 Uhr

Hallo 311!

Empfehle meine 4-5- und 6-7-Sitzer für Nah- und Fernfahrten
Preisberechnung kostenlos.
Autovermietung Schmid.



Photo-Arbeiten

werden sauber u. fachgemäß ausgeführt in der

Ritter-Drogerie Carl Bernsdorff

Wer braucht ein. 1000 Mk., oder größeren Betrag, für Bankablösung etc. gegen gute Sicherheit zu möglichem Zins? Nur ernste Anfragen unter S. N. 273 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wer sucht Geld?

Ab 500 Mk. in jed. Höhe. Keine Vermittl. Auskunft gratis. D. Sigle, Pforzheim, Klehleststraße 4. Nachm. 10. Auszahlung. unj. Interess.

Lützenhardt, den 20. November 1931.

Dankagung



Für die überaus zahlreichen und wohl-tuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Helmgang unseres lieben Entschlafenen

Matthäus Schroth

sagen wir hiemit unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Stadtpfarrer Müller für seine tröstlichen Worte am Grabe, Herrn Oberlehrer Schneider und seinen Sängern, den Herren Ehrenträgern, sowie allen Freunden und Bekannten von nah und fern, die ihn zu seiner letzten Ruhe-stätte begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Evangel. Buchhandlung Carl Spambalg, Calw

Telefon 189 empfiehlt

Adventshäuschen, Adventstransparente, Adventsterne und -Bäumchen, Advents-ampeln, Adventskalender, Adventskarten

Pelz - Mäntel, Jacken - Kragen, Besätze

Kaufen Sie am besten und vorteilhaftesten direkt beim Kürschner

Erstkl. Verarbeitung bester Qualitäten / Billigste Berechnung von Reparaturen und Umänderungen

Schrempf Pforzheim Westliche 22



Geben Sie

in einer Anzeige Ihre Artikel, die sich zu Weihnachtsgeschenken

eignen, bekannt, Sie sichern sich dadurch manchen Weihnachts-Einkauf.

Eine sichere Existenz

bieten wir Ihnen durch die Übernahme unserer Bezirksdirektion m. Alleinverkaufsrecht in dortigem Bezirk. Da unsere Artikel schon seit Jahren in Deutschland gut eingeführt sind und von jeder Person täglich gebraucht werden, ist seriösen Firmen oder strebsamen Personen trotz der schlechten Wirtschaftslage geboten, sich umzustellen oder selbständig zu machen. (Fachkenntnisse nicht erforderlich). Raschentslossene Bewerber, welche über einige Hundert Mark bzw. nachweisbare Sicherheit verfügen, wollen Offerte einreichen unter S. T. 4137 an Ala-Haagenstein & Vogler, Stuttgart.

Sani Drops sind gut für Leber und Galle, für Magen, Darm und Blut.

„Die Sani Drops sind wunderbar und ein wahrer Segen.“ (Orig.-Zeugn.) Kurpfg. RM. 3.20, Notpfg. RM. 1.60 In den Apotheken Calw, Leinach, Liebenzell.

Viele Ferkel gehen ein,

kümmern und erkranken an Krampf, Lähme, Steifheit! Mit „Osteosan“ wachsen die Tiere gesund auf. „Osteosan“ schützt vor Verlusten. Verh. üfende Erfolg! Echt nur in Orig.-Abfüllungen mit nebenstehender Schutzmarke - nie lose ausgewogen.

M. Brockmanns „Ratgeber“ (5. Ausg.) gibt Aufschluß. Gratis erhältlich in unseren Verkaufsstellen oder direkt von

M. Brockmann Leipzig-Eutr. 35g. Chem. Fabrik m. b. H.

Zu haben: In Calw bei: Carl Bernsdorff, Ritterdrogerie, Otto Jung, Kolonialw. u. Landesprodukte. In Liebenzell in der Drogerie Imperich. In Gehingen bei: Ferdinand Breilling, Gemischtwaren; Gottlob Schwarz. In Althengstett bei: Chr. Straile, Gemischtwaren. In Neuhengstett bei: Ludwig Baral, Gemischtwaren. In Stammheim bei: Wilh. Schwarz, Gemischtwarengeschäft. In Oberkollbach bei: Fr. Volz, Handlung.